

# Fleißarbeit: Ausbau der »Erneuerbaren« prüfen

Antrag des »Bürgerbündnisses« passiert Fachausschüsse – Opposition: Zu unkonkret, Verwaltung über Gebühr belastet

Laubach (tb). Wenn die große Politik von der Energiewende spricht, darf die kleine nicht schweigen: Das Laubacher »Bürgerbündnis« aus Freien Wählern, Grünen, und »BfL« hat einen Antrag in den Geschäftsgang gebracht, der auf Beiträge der Kommune für besagte Wende nach dem Atomausstiegs-Beschluss abzielt: Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen bis zum 30. September 2012 vorzulegen. »Darin sollen für jede Energieart/Erzeugungart alle notwendigen Informa-

tionen zu Bürgerbeteiligung/-akzeptanz, Planung, Fördertöpfen, Finanzierung, möglichen Betriebs- und Organisationsformen, Lebensdauer und Rückbaumöglichkeiten der Anlagen« dargelegt werden. Ebenso der »potenzielle Imagegewinn« für die Stadt Laubach. Im Fokus sollte zunächst die Windkraft stehen. In den Fachausschüssen für Bauen und Finanzen kam der Antrag glatt durch. Allerdings bei Kritik der Opposition, die den Arbeitsauftrag zu unkonkret empfand, auch auf die ohnedies hohe Belastung der Verwaltung verwies.

Ein Gegenstand des Prüfauftrags – wie es aus Kreisen der Verwaltung hieß, »eine Fleißarbeit« – betrifft die Organisations- und Betriebsform. Eruiert werden soll also, ob die Stadt eine Anlage im Eigenbetrieb oder als Teilhaber einer Genossenschaft betreiben könnte (auch unter Beachtung eventueller Gemeinnützigkeit), ob man bestehende Strukturen, heißt Versorger wie OVAG, SWG oder das »Energiewerk Laubach« einbinden sollte.

Als erstes sollte die Verwaltung sich mit Chancen eines Windparks beschäftigen. Gemäß Antrag der Parlamentsmehrheit lautet der Arbeits- bzw. Prüfauftrag im Einzelnen: »Kontaktierung möglichst heimischer Projektträger, Entwickler, Investoren und Unternehmen für Gutachten und Bau; Optimierung der städtischen Einnahmesituation, kombiniert mit Höchstmaß an Verträglichkeit der Flächen mit Anlieger- und Naturschutzbelangen (Abstand zur Wohnbebauung et cetera); organisatorische und finanzielle Bürgerbeteiligung; finanzielle Beteiligung der Stadt, Nutzungsverträge und Gestaltungsspielräume; Einbindungsmöglichkeiten heimischer Kreditinstitute.« Denn, so stellen die Fraktionen klar, in den »Erneuerbaren« liege auch die Chance zur Stärkung lokaler Wertschöpfung und Erhalt von Arbeitsplätzen.

In der HFA-Sitzung am Mittwoch zeigten sich die Vertreter von SPD und CDU mit den Motiven einverstanden. Nur die Ausführung

bot Anlass zur Skepsis: Dr. Mike Rinker (CDU) vermisste eine genaue Auftragsbeschreibung: »Es reicht nicht zu sagen: »Macht mal ein Konzept! (...) Die Verwaltung ist gut ausgelastet, wir sollten ihr nicht noch mehr aufbürden, zumal wenn keine Aussicht auf einen Output besteht.« Gefordert seien, so der CDU-Sprecher, konkrete Vorgaben, was denn überhaupt gewollt sei.

---

## Fotovoltaik: Gebäude ungeeignet

---

Etwa der Auftrag zu prüfen, ob und wo ein Windpark möglich, heißt wirtschaftlich sinnvoll und genehmigungsfähig (*Mindestabstand zur bebauten Ortslage, die Red.*) wäre, ob ein Eigenbetrieb oder die Vergabe vorzuziehen wären. Da Windräder durchaus Teil der künftigen Stadtentwicklung seien (»keiner will sie vor der Haustür«), schlug Rinker vor, das Thema an die geplante »Zukunftswerkstatt« zu delegieren. »Die Idee ist sehr gut«, meinte SPD-Fraktionschef Hartmut Roeschen. Nur, ob angesichts des Umfangs der Prüfaufträge die ohnedies mit dem »Rettungsschirm« zusätzlich belastete Verwaltung bis 30. September das fertige Konzept auf den Tisch legen könne, sei zu bezweifeln.

Anders die Sprecher des »Bürgerbündnisses«: Der Arbeitsauftrag sei sehr wohl konkret formuliert, meinte Michael Sussmann (FW). Und: Da eine Sache für die Bauabtei-

lung, kollidiere der Antrag nicht mit der Prüfung des Schuldenschnitts. – Michael Köhler (Grüne) bekräftigte, es brauche auch auf lokaler Ebene Initiativen für eine Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen. Angesichts der vom Land avisierten verstärkten Förderung der Windkraft sei es geboten, die Zeit zu nutzen. Ebenso Joachim M. Kühn (FW): »Wiesbaden fordert die Kommunen auf, das Thema »Energiewende« zu forcieren.«

»Das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein«, beschrieb Bürgermeister Peter Klug den Stand der Dinge in Sachen »CO<sub>2</sub>-Einsparung« durch die Kommune. Dies trotz einiger Maßnahmen wie Außenwanddämmungen oder Umstellung der Heizungen (etwa: »Dachs« im Rathaus). Die städtische Fotovoltaikbilanz aber sehe mager aus: Die Anlage auf dem Gerätehaus bringe nicht sehr viel (»der Baum muss weg«, Sussmann); daneben gebe es nur eine Anlage auf dem Hallenbad, die von der »Sonnenland eG« betrieben wird.

Klug erinnerte hier an das Ergebnis der Prüfungen, wonach es keine weiteren geeigneten städtischen Flächen gebe. Entweder sei die Dachlast zu gering oder die Ausrichtung ungeeignet. Was die Sport- und Kulturhalle angeht, sei überdies die Dachfolie zu dünn. Zu beachten bat der Rathauschef auch die rückläufige Fotovoltaikförderung.

Am Ende stand eine – bei Enthaltung von SPD und CDU – doch einstimmige Beschlussempfehlung ans Stadtparlament.